

TOP: Feststellung des Jahresabschlusses 2023

Stellungnahme von Gemeinderat Klaus Pietsch für die Fraktion der Freien Wähler

Vor uns liegen 618 Seiten des Jahresabschlusses der Gemeinde Brühl, selbst die Kurzfassung umfasst noch 105 Seiten. Nicht nur für den Leser, sondern vor allen Dingen für die Verfasser des Werkes, eine echte Mammutaufgabe. Mein besonderer Dank geht deshalb gleich zu Beginn an das Team um den Kämmerer, Herr Willemsen, für die umfassende und gute Arbeit.

Meine Vorredner haben bereits sehr ausführlich wichtige Zahlen dargestellt. Ich möchte das nicht alles wiederholen. Wichtig ist es für mich, auf die wesentlichen Kernelemente der Finanzsituation unserer Gemeinde einzugehen. Ganz ohne Zahlen werde ich das aber natürlich auch nicht schaffen.

Nachdem wir in den Jahren 2020 – 2022 drei positive Jahresergebnisse vorzuweisen hatten, zeigt sich nun, dass die von Manchen als zu düster bezeichneten Prognosen der Freien Wähler, langsam leider doch Gestalt annehmen. Das vorliegende **Ergebnishaushalt** weist den historisch höchsten Fehlbetrag in Höhe von rund 2,7 Mio Euro auf. Fairerweise sei an dieser Stelle gesagt, auch der Kämmerer hatte schon zu Beginn des Jahres 2024 ähnliche Befürchtungen geäußert. Wenn nun davon die Rede ist, dass dieses Ergebnis immerhin noch besser als die ursprünglichen Prognosen des Kämmerers ausfallen, so muss uns das nicht wirklich beruhigen. Das um ca. 1,9 Mio Euro „bessere Negativergebnis“ resultiert nicht nur auf einer verbesserten Einnahmesituation als ursprünglich im Haushaltsplan für 2023 angesetzt (Steuern und Mehrzuweisungen!!), sondern auch zum Beispiel darauf, dass freie Stellen nicht oder nicht sofort besetzt werden konnten. Kurz gesagt, hier gilt der Grundsatz: **Aufgeschoben ist nicht aufgehoben**, zu Deutsch, diese Kosten kommen zeitversetzt doch noch auf die Gemeinde zu.

Es muss für den Laien aber auch erläutert werden, wir reden von Planansätzen im Vergleich zu den tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben. Am Beispiel der Personalausgaben dargestellt heißt das konkret: Im Jahr 2022 hat die Gemeinde 10,25 Mio Euro für Personal ausgegeben, im Jahr 2023 10,9 Mio Euro. Da der Planansatz aber bei 11,67 Mio Euro lag, liegen die Personalkosten rund 774 TSD

Euro niedriger. Eine komplizierte aber haushaltsrechtlich nicht zu beanstandende Logik und Darstellung. Durch den ursprünglich höher angesetzten Planungsansatz ergibt sich, trotz realer Mehrausgaben, also eine „optisch“ verbesserte Bilanzsituation. Ich möchte das jetzt aber nicht als Vorwurf verstanden wissen, vielmehr möchte ich das Verständnis für diese komplexe Haushaltssystematik und ihre Darstellung ein wenig verbessern.

Letztlich ist aber festzustellen, die ordentlichen Erträge der Gemeinde haben sich im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt rund 365 TSD Euro auf 40,69 Mio Euro erhöht. Das ist grundsätzlich positiv zu sehen, allerdings zeigt sich beim Blick auf die Entwicklung der ordentlichen Aufwendungen, wo das **strukturelle Problem** liegt. Die ordentlichen Ausgaben sind im direkten Vergleich um 4,34 Mio auf nunmehr 43,384 Mio angestiegen. **Einfach ausgedrückt, die Gemeinde gibt mehr Geld aus als sie einnimmt.** Die „größten Brocken“ stellen dabei traditionell die Transferleistungen mit 19 Mio Euro und die Personalkosten mit 10,9 Mio dar. Hier kann die Gemeinde nur bedingt selbst steuernd eingreifen. Transferleistungen können wir praktisch nicht beeinflussen, im Gegenteil, hier sind künftig noch höhere Kosten zu erwarten. Und auch bei den Personalkosten sind weitere Steigerungen, insbesondere durch den Ausbau der Kinderbetreuung, zu erwarten. Weiter in die Höhe gehen werden unweigerlich auch die bilanziellen Abschreibungen. So wird der Sportpark Süd erst seit Dezember 2023 einbezogen. Für das Jahr 2024 fallen dementsprechend deutlich höhere Beträge an. In gleicher Weise gilt das auch bei den künftigen Zinszahlungen durch die erforderliche erhöhte Kreditaufnahme.

Der Blick auf den **Finanzhaushalt** macht die als sehr problematisch zu bezeichnende Haushaltsentwicklung deutlich. Schluss der Haushalt 2022 mit einem Endbestand an Zahlungsmitteln von 7,2 Mio Euro ab, maßgeblich bestimmt durch den Erlös aus dem Schrankenbuckelgelände, so werden zum Jahresabschluss 2023 nur noch 115 TSD Euro in der Bilanz verbucht. Die verfügbaren liquiden Mittel bewegen sich in der gleichen Größenordnung. Damit erfüllt Brühl nicht die gesetzliche vorgeschriebene Mindestliquidität von 666 TSD Euro. Dies macht zur Gewährleistung laufender Zahlungsverpflichtungen ggfls. sogar die kurzfristige Aufnahme von Kassenkrediten erforderlich.

Ungeachtet dessen sei aber auch darauf hingewiesen, dass die Gemeinde noch über Geldanlagen und Rücklagen verfügt, die allerdings haushaltsrechtlich hier nicht

einzurechnen sind. So war im Jahr 2023 die Aufnahme neuer Kredite nicht erforderlich. Der bilanzierte Schuldenstand beläuft sich zum Stichtag auf 4,47 Mio Euro und konnte damit im Vergleich zum Vorjahr um rund 830 TSD Euro reduziert werden.

Aber die vorhandenen Rücklagen stellen nur eine Momentaufnahme dar. Dies gilt im Übrigen auch für den vergleichsweise niedrigen Schuldenstand, der mit 314 Euro/Einwohner noch deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 2004 Euro/Einwohner liegt. Obwohl die hohen Auszahlungen für Investitionen im Jahr 2023 in Höhe von 6,22 Mio Euro unter dem Planungsansatz lagen, manche Projekte konnten erst 2024 angegangen oder fertiggestellt werden, wurden und werden die vorhandenen Reserven dadurch natürlich deutlich reduziert.

Mit Blick auf die bereits beschlossenen Investitionsmaßnahmen, die sich teilweise schon in der Umsetzung befinden, werden die Geldanlagen der Gemeinde weiter dramatisch abgeschmolzen und darüber hinaus zusätzliche Kreditaufnahmen erforderlich. Genannt werden müssen das Kinderbildungszentrum, der soziale Wohnungsbau in der Albert-Einstein-Straße oder die Gemeinschaftsunterkunft auf dem alten Schütte-Lanz Gelände. Die zwingend notwendigen Überlegungen über die Zukunft des Feuerwehrgerätehauses sind da noch gar nicht einbezogen.

Wie wird also die weitere finanzielle Zukunft der Gemeinde aussehen? Bei meiner Haushaltsrede im Januar 2023 habe ich, unter Hinweis auf die damals vorliegenden Daten und der Ausführungen unseres Kämmerers, auf den erheblichen Schuldenanstieg in der Zukunft hingewiesen. Die damals **prognostizierten Schulden** von 3,3 Mio zum Jahresende 2023 **wurden bereits** mit nunmehr 4,47 Mio Euro **übertroffen**. Bis zum Jahr 2026 standen in den Haushaltsplanungen Anfang 2023 übrigens 12,4 Mio Schulden im Raum. Insofern blicke ich nunmehr mit großer Sorge auf die kommenden Jahre. Wie bereits dargelegt, weitere große Investitionen stehen vor uns. **Der Schuldenstand wird sich weiter stark erhöhen**, die vorhandenen Rücklagen werden komplett aufgezehrt. Einen kleinen Silberstreif am Horizont kann man allerdings sehen. Es besteht die Hoffnung auf einen deutlich höheren Zuschuss für unser Kinderbildungszentrum, immerhin ein Projekt in der Größenordnung von ca. 10,5 Mio Euro, an der Schillerschule. Mit Blick auf den aktuellen Feuerwehrbedarfsplan und die mittelfristig daraus resultierenden, absolut

notwendigen Ausgaben, wird sicherlich jeder zusätzliche Euro im Gemeindesäckel herzlich begrüßt

Sorgenvoll muss auch auf die negative Bilanz des Ergebnishaushaltes geschaut werden. **Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben geht nach heutiger Sachlage weiter auseinander.**

Tatsächlich wird auch aus Sicht des Kämmereiamtes davon ausgegangen, dass sich die Haushaltslage in den nächsten Jahren insgesamt noch weiter verschlechtern wird. Dementsprechend sind neben der Verwaltung auch wir als Gemeinderat gefordert. So zum Beispiel bei der Haushaltsplanung in Form der Haushaltsanträge. Dazu werden wir heute auch noch in einem separaten Tagesordnungspunkt kommen.

Zusammengefasst muss man sagen, dass wir weitere Einsparmöglichkeiten herausfiltern müssen. Die Verbesserung der Einnahmesituation durch Erhöhung von Steuern und Gebühren sehen die Freien Wähler nach der allgemeinen Kostensteigerung derzeit als sehr problematisch an und werden unsererseits keine Zustimmung finden.

Die Fraktion der FW stimmt dem Feststellungsbeschluss für den Jahresabschluss 2023 zu.